

## **Gibt es freie Wahlen in den USA?**

Bei den Machern hinter den Dingen, die bestbezahlte Battalione von Strategen beschäftigen, welche die imaginären Pferche aufstellen, um das Volk in die gewünschte Richtung zu manövrieren, sind uns in unserem Denken und Empfinden um Jahrzehnte voraus. Sie haben längst vorausgesehen, dass beim Volk Unzufriedenheit und Wahlverdruss gepaart mit Protestwahl-Verhalten sich breit macht, - eine Tatsache, welche eine demokratische Wahl langfristig für sie unberechenbar macht.

Indem Maß, indem die Parteien eine Politik vorbei an den Bürgern, zum Wohle des Establishments Umsetzen, - was auch immer von diesen verlangt wird, - in diesem Maß werden sie für den Wähler uninteressant und nicht mehr gewählt. Langfristig führt ein solcher Zustand zu unberechenbaren Wahlergebnissen. Für das Establishment das immer und über alles Kontrolle ausüben möchte, ist dieser Zustand untragbar und hat Abhilfe ersonnen, - die Lösung all dieser Probleme sind Wahlcomputer.

Seit den 90er Jahren gibt es in den USA Bestrebungen, im großen Stil Wahlcomputer einzusetzen. Kritiker warnen seitdem, dass mit elektronischen Abstimmungsverfahren der Wahlmanipulation Tür und Tor geöffnet seien. Einige wenige, wie der Regisseur und Bürgerrechtler Michael Moore laufen seitdem gegen solche Bestrebungen Sturm. Vielleicht erinnern Sie sich noch an die fragwürdigen Wahlereignisse der Präsidentschaftswahl 2000, Al Gore gegen George W. Bush im Bundesstaat Florida. Wo unter Verwendung von Lochkarten die abgegebenen Stimmen ausgezählt wurden. Während dieser Wahlen gab es große Zweifel an der Korrektheit deren Durchführung.

Viele ausländischen Beobachter waren irritiert. Der weltweit angereisten Presse wurde einer Inszenierung gleich vorgeführt, dass die Unstimmigkeiten bei der Auszählung durch die Hollerith-Lochkarten verursacht worden sei. Demonstrativ wurden von Auszählern

Lochkarten lange gegen das Licht gehalten und mit der Bleistiftspitze auf das vermeintliche Problem, einer unsauberen Lochung hingewiesen.

Kenner des alten Hollerith-Lochkarten-Verfahrens können sich dieser These nicht anschließen. Bereits seit Ende der 50er Jahre erfolgte die Datenerfassung unter Verwendung solch gelochter Pappkarten, um die Daten anschließend in einen Computer zu überspielen. Probleme durch unsaubere Lochungen waren bei Beachtung minimaler Standards unbekannt. Wären damals diesbezügliche Probleme aufgetreten, wie sie uns ein halbes Jahrhundert später in Florida glaubhaft gemacht werden sollte, wären Lochkarten bereits damals ein absolut untaugliches Mittel für jede Datenerfassung gewesen. Eine unsaubere Lochung - die eigentlich nie vorkam - wäre zumindest damals sofort erkannt worden, was zum Abbruch der Rechenoperation geführt hätte. Kein Rechnerlauf wäre möglich gewesen, wenn es Fehler wie man sie uns in Florida vermittelt hatte, gegeben hätte.

Für viele Kritiker ging diese Lochkarten-Argumentation am Thema vorbei und sollte nur von der eigentlichen Manipulation ablenken. Schon Jahre zuvor hatten diese ihre Sorge vor elektronischer Wahlmanipulation geäußert und dass bei so erfassten Wahlergebnissen diese von Insidern ohne das Hinterlassen von Spuren manipuliert werden könnten. Das heißt, dass letztendlich ein abgegebenes Votum nicht immer im Sinne der abgegebenen Stimme verbucht werden würde. Auch wäre es damit möglich imaginäre Wählerbattaillone im Sinne eines Kandidaten abstimmen zu lassen, unerwünschte Stimmen hingegen ganz zu unterschlagen. Ihre Forderung war daher mit der Stimmabgabe einen Kontrollcoupon auszudrucken, auf dem unter anderem das abgegebene Votum und eine Kontrollnummer aufgedruckt sind. Unter Verwendung dieser Kontrollnummer könne dann der Wähler die ordnungsgemäße Verbuchung seines abgegebenen Votums in einer Liste im Internet überprüfen. Doch diese, für einen Rechtsstaat ganz selbstverständliche Forderung blieb unerfüllt. Einige Jahre später bestätigten sich die Befürchtungen der Kritiker voll.

*Der Software Programmierer Clinton Curtis veröffentlichte am 6. Dezember 2004 eine eidesstattliche Erklärung, wonach er im Herbst 2000 im Auftrag des republikanischen Abgeordneten Tom Feeney ein Programm zur Manipulation von Wahlcomputern entwickelt habe.*

Curtis war zu diesem Zeitpunkt leitender Programmierer bei *YONG ENTERPRISES* in Florida. Mit seiner Anschuldigung sei er erst an die Öffentlichkeit getreten, nachdem CIA, das FBI und andere Behörden kein Interesse an seiner Aussage gezeigt hätten. Curtis beschrieb die Softwaremanipulation wie folgt: Auf dem Touchscreen-Bildschirmen seien unsichtbare Buttons platziert, die es Insidern erlaubt, Einstellungen für eine automatische Veränderung der abgegebenen Stimmen vorzunehmen.

*So werden beispielsweise die Stimmen eines Kandidaten mit denen von allen anderen verglichen. Wenn der Wunschkandidat zurückliegt, würden die Stimmen so verändert, dass er dann mit 51 Prozent in Führung liege, während die übrigen den Rest der Stimmen nach ihrem relativen Anteil erhielten. Zudem ließe sich das auch automatisieren, so dass das Programm die Zahlen „berichtigt“, wenn ein bestimmtes Wahlergebnis eintritt. Man könne auch die Computer verschieden einstellen, so dass sich die Prozentzahlen von Computer zu Computer unterscheiden oder auch manche Wahlbezirke verloren gingen. Die Manipulation hinterlasse für Nichteingeweihte keine Spuren wie genau man den Wahlcomputer auch überprüfe.*

Es ist schon erstaunlich, dass in angeblich „demokratischsten Land der Welt“ sich keine Behörde genötigt sieht den Vorwurf der Wahlmanipulation im Jahre 2000 durch manipulierte Wahlcomputer zu überprüfen und den Anschuldigungen Curtis nachzugehen. Für Insider ist dies jedoch keine Überraschung, lediglich ein Indikator wie tief solche Manipulationen schon im System verankert sind. Kritiker gehen davon aus, dass hier lediglich die Spitze eines Eisberges an breit angelegter Manipulation zum Vorschein kam.

Es scheint zu gelten: Jeder, der das System unterstützt erhält Unterstützung aus dem System. Der Auftraggeber für die Softwaremanipulation, der republikanische Abgeordnete Tom Feeney ist republikanischer Abgeordneter in Florida, wo Jep Bush, der jüngere Bruder von Georg W. Bush Gouverneur ist. 2002 erhielt Tom Feeney dann als Abgeordneter einen Sitz im Repräsentantenhaus, - eventuell als Anerkennung für seinen Einsatz?

Die Präsidentschaftswahlen 2000 wurden noch von mehr Ungereimtheiten begleitet. *Fox News Channel*, ein allgemein geschätzter Sender in den USA verkündete als erster, lange bevor eine verlässliche Auswertung der Stimmen vorlag, dass Bush der Gewinner der Wahlen sei, obwohl eigentlich alles darauf hindeutete dass dies Al Gore wäre. Die anderen Sender korrigierten daraufhin ihre Aussage und erklärten ebenfalls per TV, Bush zum Sieger. Was die meisten Leute nicht wussten, der verantwortliche Nachrichtenredakteur bei *Fox News Channel*, der Bush zum Sieger erklärt hatte, war kein geringerer als Bush Cusin, John Ellis. Wusste er bereits im Voraus wer der Sieger sein wird? Es ist eben sehr hilfreich, wenn die ganze Sippe zusammenhält und der eigene Bruder im besagten Bundesstaat Florida Gouverneur ist. Es war auch anscheinend vollkommen normal, wenn Bushs Wahlkampfleiterin gleichzeitig für die Stimmenauszählung in Florida verantwortlich zeichnete. Ein Schelm wer schlimmes denkt! Im Vorfeld wurde auch noch von den Republikanern die Firma DATA BASE TECHNOLOGIES angeheuert, die die Aufgabe hatte, aus den offiziellen Wahllisten all jene zu streichen die Bush voraussichtlich sowieso nicht wählen würden - die Bürger dunkler Hautfarbe. Man muss sich dies einmal bewusst machen, dass von den Republikanern eine Firma beauftragt wurde Wahllisten zu fälschen. Und obwohl dies bekannt wurde und Bürger dadurch nicht wählen konnten, hatte dies keine rechtlichen Auswirkungen - „gelobt sei das amerikanische Rechtssystem!“

Das Wahlergebnis der Präsidentschaftswahl muss von Senat und Repräsentantenhaus in einer gemeinsamen Sitzung bestätigt werden.

Erhebt ein Abgeordneter offiziell gegen die Wahl Einspruch, ist es notwendig, dass dieser noch von einem Senator schriftlich mit unterstützt wird. Abgeordnete allein - ohne die Assistenz eines Senators - scheinen in diesem System nicht rechtsfähig zu sein. Und es wurde Einspruch von mehreren Abgeordneten des Repräsentantenhauses (dunkler Hautfarbe) erhoben, wegen „erwiesenem Fehlverhaltens der Behörden“ und „vorsätzlichen Betrug und Unterschlagung von Wählerstimmen.“ Doch keiner der Senatoren war bereit, diesen Antrag durch seine Unterschrift zu unterstützen. Allen afroamerikanischen Abgeordneten, die im Repräsentantenhauses gegen diese Manipulationen das Wort erhoben, wurde nach §18, Absatz 3 des Gesetzes, das Mikrofon abgedreht als sie sich zu Wort meldeten, sie waren damit zu unmündigen Bürgern Amerikas degradiert worden. Alle Senatoren auch die der Demokraten von Al Gores Verliererpartei, verhinderten eine richterliche Untersuchung - finden Sie das nicht merkwürdig? Wenn Sie das Verhalten Al Gores verstehen möchten, dann schauen Sie sich mal das Kapitel: „089 CO2-Lüge und Wettermanipulation“ an.

Die Manipulation der offiziellen Wahllisten wie auch der anderen zahlreichen Manipulationen hatten kein rechtliches Nachspiel. Es spielte keine Rolle, wenn einige Zeitungen und zahlreiche unabhängige Untersuchungen zu dem Ergebnis gelangten, Al Gore hatte die meisten Stimmen. Da ist es eben doch von entscheidendem Vorteil, wenn Bush Seniors Freunde im Obersten Bundesgericht sitzen. Trotz dieser Ungereimtheiten bei den Wahlen und einer Stimmenmehrheit der Demokraten, erklärten die Richter den Republikaner Georg W. Bush zum Wahlsieger und damit zum Präsidenten der USA. Nähere Information hierzu erhalten Sie im Kapitel: „076 Einer der auszog in den USA eine Wahl zu gewinnen“.

Bei den folgenden Präsidentschaftswahlen 2004 ist in mehr als 30 Bundesstaaten durch den Einsatz so genannter Touch-Screen-Computer, wie sie der Software Programmierer Clinton Curtis beschrieben hat, gewählt worden. Einen Kontrollausdruck erhielt der Bürger dabei nicht.

Computerexperten und Universitätsprofessoren warnen immer wieder vor den Manipulationsmöglichkeiten solcher Systeme, die sowohl bei den Touch-Screen-Computern im Wahllokal wie auch durch Eingriff über das Netzwerk von außen erfolgen könnten.

Das Innenleben der Wahlcomputer wird selbst vor hohen Fachleuten streng verborgen. Hersteller dieser Wahlmaschinen sind zwei Firmen: Die Firma ELECTION SYSTEMS & SOFTWARE ein Privatunternehmen deren Besitzer geheim ist, was in diesem Zusammenhang schon von Brisanz ist – und die Firma DIEBOLD INC. deren Chef Walden O'Dell ist, ein erfolgreicher Spendensammler für George W. Bush. Walden O'Dell schrieb in der Newsweek vom 3. März 2003: *Ohio zu helfen und im nächsten Jahr für den amtierenden Präsidenten George W. Bush zu stimmen.* Ich denke, das können wir durchaus wörtlich nehmen.

Bei den Präsidentschaftswahlen 2004 mussten 60 Millionen Amerikaner ihre Stimme dann mit den Wahlcomputern von ELECTION SYSTEMS & SOFTWARE abgeben. In Ohio hielt Walden O'Dell Wort. Viele seiner Wahlmaschinen stehen in diesem Bundesstaat. Am Wahltag vielen diese über Stunden aus. In einem Wahlbezirk wurden Bush wegen eines angeblichen „Computerfehlers“ 3.893 Stimmen zu viel zugesprochen, obwohl diesmal keine Lochkarten verwendet wurden. Bush gewann obwohl die Demoskopien einen klaren Sieg von Kerry vorausgesagt hatten.

Nach Meinung einiger Kritiker geht es bei den US-Wahlen nicht darum, wie das Volk gewählt hatte, sondern wie erfolgreich die Wahlen manipuliert werden konnten. Ein polnischer Beobachter meinte, dass die venezolanischen Wahlmaschinen besser gegen Manipulation abgesichert seien, als die der USA. Für Außenstehende stellt sich die Frage, warum verhält sich die Opposition, die ja die Wahlen auf sonderliche Weise verloren hatte so still, sie müssten doch inzwischen über ausreichend Erkenntnisse und Beweise für die Manipulation der Wahl verfügen, - aber nichts passiert?

- Wurde der Opposition ein entsprechendes Angebot gemacht, dass sie bei späteren Wahlen zum Zuge kommt - und / oder
- wurde sie unter Druck gesetzt, wie dies bei den Wahlen von Bush Senior gewesen sein soll oder
- ist die Opposition selbst ein Teil des Systems, das von übergeordneter Stelle kontrolliert wird.

Ich denke es ist eine Mischung an Verstrickung von allen drei Punkten. Wie Sie im vorigen Kapitel erfahren haben, wurde Al Gore einige Jahre später, ich nehme an als Dank für seine dem System gegenüber erbrachte Loyalität, als Galionsfigur für den „Klimawandel“ erkoren und mit dem Nobelpreis geehrt. Finanziell wurde er dadurch zum Multimillionär.

*Quelle ZeitenSchrift 45/2005*

Wir Europäer, besonders wir Deutsche denken, dass solche Dinge bei uns in Deutschland nicht möglich seien. Doch im Stillen wurden auch bei uns, mit Unterstützung aller deutschen Parlamentarier die notwendigen Voraussetzungen hierfür schon geschaffen. Ich habe den Eindruck, dass hier mit folgender Dreisatz-Logik argumentiert wird: „Die USA sind eine Demokratie, folglich ist alles was in den USA passiert, demokratisch. Wenn die amerikanischen Wahlgeräte demokratischen Vorstellungen entsprechen, dann hat der Einsatz solcher oder gleicher Geräte auch für den Rest der Welt seine Gültigkeit. Da alle Parlamentarier ein Interesse haben wieder gewählt zu werden und entsprechende Wahlkampfunterstützung benötigen, machen sie das, was ihnen am ehesten dazu verhilft, sie nicken bestimmte Themen ab und verhalten sich ruhig.

Ein fundamentales Prinzip der Demokratie ist die Öffentlichkeit des gesamten Ablaufs von Wahlen. Eine Wahl mit Zettel und Urne unterliegt von der Aufstellung der Urne, der Stimmabgabe, Auszählung und Feststellung des Ergebnisses nachvollziehbaren Abschnitten. Jeder Wahlberechtigte ist somit in der Lage, den Wahlablauf zu prüfen. Eine

Manipulation mit Wahlzetteln wäre nur mit erheblichem Aufwand durch mehrere Beteiligte gleichzeitig möglich. Eine Manipulation wäre auch nur auf unterster Ebene, auf Stimmkreisebene möglich. Ein „manipuliertes Wahlergebnis“ hätte somit nur eine geringe Auswirkung auf das gesamt Wahlergebnis.

Der Einsatz von Wahlcomputern, deren interne Funktionsweise geheim gehalten wird und manipuliert werden kann, entzieht sich einer solchen Prüfung. Ein solches Wahlgerät kann sogar vorher geprüft werden und für in Ordnung befunden werden um anschließend für eine bestimmte Zeit eine übergeordnete Software aktiviert werden. Eine Prüfung des Wahlvorgangs bleibt verwehrt, solange nicht jede Stimmabgabe durch Ausdruck eines Kontrollkupon nachvollziehbar wird.

Durch eine bereits erfolgte Änderung des Bundeswahlgesetzes sind nun auch in Deutschland die Weichen auf Wahlmanipulation gestellt. Nirgends ist von einem Kontrollcoupon oder einer anderen wirksamen Kontrollmöglichkeit die Rede, was doch das oberste staatliche Interesse sein müsste. Ist dies etwa Zufall oder hat das System? Hat keine der beteiligten Parteien Angst, irgendwann mal dadurch benachteiligt zu werden? Oder sind sie selbst gar längst Nutznießer eines solchen übergeordneten Systems?

Hier einige Leserkommentare zur Homepage des „Deutschen Bundestages- Petitionsausschusses“ zu § 35 des Bundeswahlgesetzes:

*Die Zulassung eines Gerätes zur Wahl wird nach §35 BWahlG (und anderen Vorschriften) im Wesentlichen erteilt, wenn die Physikalisch-Technische-Bundesanstalt im Auftrag des Innenministeriums bei der Prüfung eines einzigen Geräts einer Bauart keine Mängel feststellt. Ein einzelnes Gerät kann von einer Gemeinde eingesetzt werden, wenn der Hersteller versichert, dass es baugleich zu einem geprüften Gerät ist. Eine Kontrolle, ob dies der Fall ist oder ob das Gerät möglicherweise bis zu seinem Einsatz von Dritten manipuliert wurde ist nicht vorgesehen und ist weder für Wahlvorstand, noch Wähler, noch Wahlbeobachter möglich und findet auch nicht statt.*



*Die einzige Kontrolle der Geräte findet nach §35 BWahlG durch das Innenministerium und den Hersteller statt. Dies ist im Gegensatz zur Kontrolle durch jedermann bei Wahl mit Wahlzettel und Urne nicht akzeptabel. ...*

Ich habe ebenfalls versucht, auf der Homepage des „Deutschen Bundestages“ am Petitionsverfahren zu § 35 des Bundeswahlgesetzes teilzunehmen, um gegen die Einführung von Wahlcomputern zu stimmen, was jedoch wegen „technischer Probleme“ (auf Seiten des Bundestages) leider nicht möglich war.

Hier einige weitere Kommentare verärgelter Bürger:

*Wirklich geschickt gemacht, kurz vor Auslaufen der Petition gibt es leider 'technische Schwierigkeiten', eine Frechheit, die Leute für so dumm zu verkaufen. ... diese Petition wurde absichtlich manipuliert, da diese Wahlmaschinen bereits beschlossene Sache sind und man sich nicht vom Pöbel reinreden lässt.*

*Und wenn man einen Schritt weiterdenkt, zu biometrischen Ausweisen, so braucht man nicht mal mehr Wahlhelfer, der Automat macht alles selbstständig. Man schiebt den Ausweis rein (wahlweise evtl. auch Fingerabdruckscan oder ähnliches) und gibt seine Stimme ab. Und das Naheliegendste wäre, dass die Wahlabgabe damit für bestimmte Kreise und Anwendung personifiziert wäre. Gutes Beispiel hierzu ist ja auch die Telefonüberwachung, kaum hatten wir die gesetzliche Möglichkeit dazu, wurde Deutschland zum Land Nr.1 mit den weltweit am meisten abgehörten Telefonanschlüssen (nein, in diesem Fall nicht die USA).*

---

Die Wahl mit Computer wird bald kommen. Denn Hamburg ist, wenn auch sonst wirtschaftlich meist Schlusslicht, hier einmal Vorreiter.

*Hamburg führt den digitalen Wahlstift ein: Hier hat man zwar noch einen realen Wahlzettel jedoch nimmt hier eine Kamera gleichzeitig mit dem Kreuz selbiges auf und gibt es an einen Rechner weiter. Und wer*

stellt sicher, dass die Verarbeitung der abgegebenen Stimme korrekt verläuft. Dabei ist es doch gerade die einfache Art, jeden einzelnen Abschnitt eines Wahlverfahrens überblicken und nachvollziehen zu können. Was macht es schon aus, wenn für die Stimmauszählung zwei bis vier Stunden benötigt werden, dafür unterliegt dieses Verfahren einem offenen und für jeden auch leicht nachvollziehbaren Prozess. Und ehrlich gesagt ist Vertrauen zwar gut, doch Kontrolle und Nachvollziehbarkeit sind besser.

Natürlich werden alle Parteien unisono dem Bürger erklären, dass sich dieses und andere elektronische Wahlverfahren bereits bestens bei Wahlen bewährt haben und daher gegen einen großflächigen Einsatz nichts einzuwenden sei.

Am 7. Januar 2008 war in der ARD Tagesschau ein knapper Kommentar zu vernehmen: Die Hessenwahl 2008 soll mit Unterstützung von Wahlcomputern erfolgen.

Wundern Sie sich nicht auch, dass keiner unserer Abgeordneten und keinem in der „freien Presse“ dieser Tatsache einen kritischen Kommentar wert war? Ich halte es für möglich, dass in wenigen Jahren alle Wahlen durch „Unterstützung“ von Wahlcomputern abgewickelt werden und dass dann auch jeder Bürger zur Wahlteilnahme gezwungen wird, auch mit der Begründung, er könne ja „frei“ wählen. Für die notwendige Wahllegitimation und Erfassung ist dann ein Ausweis mit biometrischen Daten unabdingbar. Das persönliche Profil eines jeden Bürgers wird dann in der weltweit bestehenden US-Datenbank ECHOLON oder einem anderen System mit dem abgegebenen Wahlvotum erfasst.

Trotz massiver Kritik an den Wahlcomputern im US-Wahlkampf und der dort festgestellten Unstimmigkeiten, die die Untauglichkeit des Systems geradezu bestätigen, wird bedingungslos an dessen Einführung festgehalten. Es ist erstaunlich, wie lautlos und in welcher Einmütigkeit

ein so bedeutendes Thema an der Bevölkerung vorbei, unter Missachtung elementarer Bürgerrechte installiert wird.

Die *Augsburger Allgemeine* berichtete am 4. März 2009:  
 Es bleibt beim Stimmzettel  
 Karlsruhe bemängelt die bisher eingesetzten Computer.  
 Für die Zukunft ist aber nichts ausgeschlossen

*Die Deutschen werden den Wahlmarathon 2009 – mit Bundestags- und Europawahl ... wieder komplett mit Stift und Stimmzettel absolvieren. Die elektronische Urne bleibt aber nicht für alle Zeiten tabu – vorausgesetzt, die Stimmabgabe ist für den Wähler überprüfbar und verschwindet nicht im Dunkeln eines Speichermoduls. ... Die Bundestagswahl 2005, bei der rund zwei Millionen Bürger ... abgestimmt hatten, bleibt aber gültig, weil keine Hinweise auf Fehler vorlägen. ...*

Wie eine solche Überprüfbarkeit aussehen könnte, steht im Urteil: *Zum Beispiel mit einem separaten Ausdruck des elektronischen Stimmzettels, der vom Wähler überprüft und anschließend in einer Urne gesammelt wird.* Was soll die Aussage „vom Wähler überprüft werden“ das ist eine höchst richterliche Verdummung der Wähler. Mit einer solchen „Urne“ kann doch keine Manipulation unterbunden werden, diese erleichtert höchstens das Einsammeln für die Müllverbrennung. Es ist einfach nicht nachzuvollziehen warum unsere höchstrichterliche Instanz sich nicht für das einzig Richtige, das nicht manipulierbare Verfahren des Kontrollkupons mit Internetüberprüfung entschieden hat. Was nützt es, wenn der Wähler den Zettel überprüft und die Manipulation dann später im System stattfindet. Ich kann mir nicht vorstellen, dass unsere Richter die damit verbundene Problematik nicht verstanden hätten, desto schwerer ist ihre Entscheidung nachzuvollziehen. Es bleibt ein fahler Geschmack, sind unsere Richter bereits Teil des Systems, - eine solche Entscheidung legt dies sehr nahe oder? Sie haben den Bürger damit zu einem einfältigen Stimmvieh degradiert, eventuell zu Recht? Mit einem solchen Urteil kann jedenfalls, wenn etwas Gras über diese Sache

gewachsen ist, die elektronische Wahl ohne weitere Einschränkung in Deutschland eingeführt werden, womit der Wähler keine Kontrolle mehr besitzt, wie sein abgegebenes Votum letztendlich gewertet wird.

Welche Partei man auch wählt, meist nach kurzer Zeit scheren sich unsere gewählten Volksvertreter nicht mehr um das, was Sie vor der Wahl lauthals den Wähler versprochen hatten. Ja noch viel schlimmer, sie treffen anschließend nicht selten Entscheidungen, die eindeutig gegen das Volk, gegen das Land gerichtet sind.

Dass es mit den freiheitlichen Rechten, auch in sogenannten Demokratien nicht weit her ist, zeigt uns folgende Gerichtsentscheidung aus den USA.

Quelle: Magazin 2000, Oktober 2011

Im März 2011 haben Juristen des US-Justizministeriums vor einem Bundesgericht erklärt, dass sie die US-Bundesregierung das Recht habe, vor Gericht zu lügen. (Jesse Trentadue ./ United States Central Intelligence Agency et. al. Az.:2:08-CV-0788):

Vorangegangen war, dass die US-Regierung einem Gericht falsche und irreführende Informationen in Form Eidesstattlicher-Versicherungen vorgelegt hatte. Als das Täuschungsmanöver aufgedeckt wurde, zog sich die US-Regierung auf den Rechtsstandpunkt zurück, dass sie berechtigt sei das Gericht zu belügen und in die Irre zu führen.

Die US-Regierung beantragte diesen Standpunkt näher vor dem Bundesgericht ausführen zu dürfen. Das Gericht folgte diesem Standpunkt.

\*\*\*

Ich überlasse es der Wertschätzung des Lesers selbst, entsprechend seiner Möglichkeit einen materiellen Ausgleich zurück fließen zu lassen. Auch ein kleiner Betrag ist willkommen.

Sie können hierzu in Deutschland an:

*Peter Prestele*

*Konto: 319 680 6289 bei der Sparkasse Neu-Ulm*

*BLZ 730 50 000*

oder international unter Verwendung von *PayPal* und Angabe meiner E-Mailadresse: *prestele.universe@online.de* mir einen finanziellen Ausgleich zukommen lassen.



Die Weitergabe dieses eBooks ist erwünscht!

[www.universe.bplaced.net](http://www.universe.bplaced.net)